

Podium für Soziale Gerechtigkeit in Europa

Realität und Visionen

Von Stephan Kowarik

Die Gestalt eines sozialeren Europa stand im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung im Proli mit Repräsentanten des European Democracy Lab, der Jusos und des Vereins „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ (GLL). In ihrem einleitenden Statement kam GLL-Geschäftsführerin Perdita Wingerter auf den bedeutenden Aspekt der Freiwilligenarbeit zu sprechen und erwähnte etwa die Situation in Budapest, wo das Kulturzentrum tägliche Razzien erdulden müsse und man ihm

gegeben, ebenso fehle bis dato eine Wirtschafts- und Fiskalunion. „Große Krisen und asymmetrische Schockphänomene führen zur Diskussion einer gemeinsamen Sozialunion“, so Eibl. Es gehe darum, Ungerechtigkeit zu überwinden und eine „aktive Umverteilungspolitik“ zu betreiben, betonte in der anschließenden Podiumsrunde MdL a.D. Bernhard Roos. Dies habe nicht nur national, sondern auch international zu geschehen, die Sozialsysteme seien entsprechend zu

Anzeige

Wir beraten Sie gerne!
(0851) 802 502
Passauer Neue Presse
Wir sind für Sie da. www.pnp.de

sogar die Schanklizenz entzogen habe: „Da merkt man eigentlich, wie wir mit unseren europäischen Werten unter Druck geraten.“ Johannes Just, Passauer Juso-Vorsitzender, zeigte sich sehr erfreut, dass Passau vom Multinationalismus geprägte Europastadt, als Ort dieser Veranstaltung ausgewählt wurde. Ulrike Guérot, Gründerin des in Berlin ansässigen „European Democracy Lab. Innovative Ideas for Europe“, die als Professorin an der Donau-Universität Krems in Niederösterreich lehrt, beteiligte sich an diesem Abend mit einem auf der Kinoleinwand übertragenen englischsprachigen

und sehr lebendigen Vortrag zu ihrem zentralen Thema, der „European Republic“. Guérot prangerte darin das Problem Populismus an und warnte in diesem vor einem langsamen Dahinschwinden der Demokratie. Europa, so wie es sich Ulrike Guérot vorstellt, ist geprägt von Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und von Einheit in der Verschiedenheit. Nationen seien von Menschen gemacht, so die Politikwissenschaftlerin. Ihre Zukunftsvision bezieht sich darauf, dass nach der Schaffung des gemeinsamen Marktes 1992 und der gemeinsamen Währung 2002 – die allerdings noch keineswegs in allen EU-Ländern existiert – 2032 eine gemeinsame Demokratie entstehen soll. In ihrem neuen Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“ erläutert Ulrike Guérot detailliert ihre Konzeption.

Thomas Eibl, Doktorand an der Passauer Uni, stellte die Idee einer europäischen Sozialversicherung vor und widmete sich dabei ausführlich der von Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagenen europäischen Arbeitslosenversicherung, die im Vorfeld der Europawahlen im Mai heftig diskutiert wird. Das Kernproblem liege darin, dass es noch keine Sozialunion

harmonisieren – „ein hoher Anspruch“, weiß Roos. Neben der aktuellen Debatte um die europäische Arbeitslosenversicherung bleibe auch der derzeit viel zu niedrige gesetzliche Mindestlohn ein Thema. Ein einheitlicher Mindestlohn solle in allen EU-Mitgliedstaaten eingeführt werden. Das Nord-Süd-Gefälle in Europa sei durch die Austeritätspolitik noch verschärft worden. „Wenn man schon spart, muss man auch investieren“, forderte Roos.

Thomas Eibl sprach in der Diskussion das häufig geäußerte Urteil an, Deutschland sei stets der „Zahlmeister Europas“, und verwies darauf, dass es sehr wohl auch in Deutschland Regionen gebe, die EU-Subventionen benötigen. Perdita Wingerter stellte eine Frage zum Bürgergeld, das Italiens Innenminister Matteo Salvini als „national“ verkauft habe: „Wie verhindern, dass Populisten das als eigene Idee verkaufen?“ Roos kommentierte trocken: „Auch die bayerische Staatsregierung ist sehr zurückhaltend darin, EU-Gelder als solche zu deklarieren.“ Mit auf dem Podium diskutierten Annissa Bouabasa vom European Democracy Lab und der Stellvertretende Juso-Vorsitzende Georg Mitterbauer.

PNP Nr. 4, 19